

Fragen

für die Fragestunde der Sitzung des Deutschen Bundestages
am Dienstag, dem 23. Juni 1998

Verzeichnis der Fragenden

<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>	<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>
Erler, Gernot (SPD)	46, 47	Neuhäuser, Rosel (PDS)	13, 14
Ernstberger, Petra (SPD)	26, 27	Nickels, Christa (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	52, 53
Faße, Annette (SPD)	41, 42	Onur, Leyla (SPD)	3, 4
Dr. Feldmann, Olaf (F.D.P.)	23	Ostertag, Adolf (SPD)	17, 18
Ferner, Elke (SPD)	35, 36	Dr. Ramsauer, Peter (CDU/CSU)	7, 8
Heinrich, Ulrich (F.D.P.)	11, 12	Rehbock-Zureich, Karin (SPD)	39, 40
Irmer, Ulrich (F.D.P.)	43, 44	Robbe, Reinhold (SPD)	33, 34
Iwersen, Gabriele (SPD)	28, 29	Rupprecht, Marlene (SPD)	9, 10
Dr. Jüttner, Egon (CDU/CSU)	45, 54	Schönberger, Ursula (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	37, 38
Kirschner, Klaus (SPD)	30	Schütz, Dietmar (Oldenburg) (SPD)	24, 25
Knoche, Monika (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	31, 32	Schwalbe, Clemens (CDU/CSU)	19, 20
Kubatschka, Horst (SPD)	5, 6	Such, Manfred (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	50, 51
Dr. Leonhard, Elke (SPD)	48, 49	Tauss, Jörg (SPD)	21, 22
Maaß, Dieter (Herne) (SPD)	15, 16	Wallow, Hans (SPD)	1, 2

Verzeichnis der Geschäftsbereiche der Bundesregierung

	Seite
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten	3
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend	3
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Technologie	4
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Justiz	4
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen	5
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft	5
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Arbeit und Sozialordnung	6
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Verteidigung	7
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Gesundheit	8
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr	10
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit	10
Geschäftsbereich des Auswärtigen Amts	12
Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern	13

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Ernährung,
Landwirtschaft und Forsten**

1. Abgeordneter
**Hans
Wallow**
(SPD)
Warum hat die Leitung des „Auswertungs- und Informationsdienstes für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten“ (AID) ihre nach eigenem Bekunden (Aussage auf der Betriebsversammlung am 15. Juni 1998) im Oktober des vergangenen Jahres beschlossenen Pläne zu Stellenabbau und Privatisierung nicht umgehend dem Betriebsrat mitgeteilt, und welches Ergebnis haben Wirtschaftlichkeitsberechnungen zur Frage der Privatisierung von Teilbereichen des AID erbracht?

2. Abgeordneter
**Hans
Wallow**
(SPD)
Welche sozialverträgliche Regelungen kommen für die vom geplanten Stellenabbau betroffenen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des AID in Betracht, und trifft es zu, daß der geplante Stellenabbau unter anderem damit begründet wird, daß im Raum Bonn keine passende Ersatzimmobilie gefunden werden könne?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Familie,
Senioren, Frauen und Jugend**

3. Abgeordnete
**Leyla
Onur**
(SPD)
Wie stellt die Bundesregierung bei der Wirtschaftlichkeitsprüfung von Zivildienstschul- Standorten sicher, daß auch nicht-monetäre Aspekte wie Verkehrsanbindung und personelle Infrastruktur – zum Beispiel durch ein Punktesystem – gewertet und in die Entscheidung eingehen werden, und auf welche Art und Weise stellt sie dies insbesondere bei den Standorten Braunschweig und Bodenteich sicher?

4. Abgeordnete
**Leyla
Onur**
(SPD)
Welche Gründe waren ausschlaggebend, daß die Wirtschaftlichkeitsprüfung durch Kostenvergleichsrechnung erfolgt, die laut Arbeitsanleitung „Einführung in Wirtschaftlichkeitsuntersuchungen“ des Bundesministeriums der Finanzen geeignet ist „für Maßnahmen mit geringer Bedeutung ohne langfristige Auswirkungen“, und warum wird die Wirtschaftlichkeitsprüfung nicht anhand einer Nutzwertanalyse oder einer Kosten-Nutzen-Analyse durchgeführt?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Bildung,
Wissenschaft, Forschung und Technologie**

5. Abgeordneter
**Horst
Kubatschka**
(SPD)
- Trifft es zu, daß das „Klimaforschungsprogramm 1994 bis 1997“ entgegen der ursprünglichen Planung nicht fortgesetzt wird, und falls ja, aus welchen Gründen?
6. Abgeordneter
**Horst
Kubatschka**
(SPD)
- Treffen Informationen zu, daß für das Abschlußseminar des vom Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Technologie mit 50 Mio. DM finanzierten Verbundprogramms Klimaforschung keine Einladungen an die Medien verschickt wurden, und falls ja, aus welchen Gründen?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Justiz

7. Abgeordneter
**Dr. Peter
Ramsauer**
(CDU/CSU)
- Wie beurteilt die Bundesregierung die Praxis der Gesellschaft zur Verwertung von musikalischen Aufführungsrechten und mechanischen Vervielfältigungen (GEMA), unmittelbar vor Beginn der Fußballweltmeisterschaft Schreiben incl. Rechnung und Überweisungsträger an alle gastronomischen Betriebe in Deutschland – auch an die, die bereits einen Vertrag nach dem GEMA-Tarif FS (Fernsehen) für die öffentliche Wiedergabe von Fernsehsendungen abgeschlossen haben – zu verschicken, in denen sie zur Zahlung für die öffentliche Wiedergabe von Fernsehübertragungen der Fußballweltmeisterschaft auffordert?
8. Abgeordneter
**Dr. Peter
Ramsauer**
(CDU/CSU)
- Plant die Bundesregierung, im Interesse der mittelständischen Gastronomie hier tätig zu werden?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen

9. Abgeordnete
**Marlene
Rupprecht**
(SPD)
- Was versteht die Bundesregierung unter „vertretbarer Kostenbeteiligung“ an der Sanierung der ehemaligen US-amerikanischen Wohnungen, bei denen bekanntlich hohe Schadstoffbelastungen durch Klebe- und andere chemische Mittel wie DDT, Lindan, PCB festgestellt worden sind?
10. Abgeordnete
**Marlene
Rupprecht**
(SPD)
- In welcher Art und Weise und in welchem zeitlichen Rahmen sollen diese Wohnungen von diesem „Giftcocktail“ saniert werden?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft

11. Abgeordneter
**Ulrich
Heinrich**
(F.D.P.)
- In welchem Umfang erfüllen in den einzelnen Bundesländern ländliche Gebiete die Förderkriterien nach Artikel 4 der Strukturfondsrahmenverordnung der EU-Kommission, und in welchem Umfang fallen in den Bundesländern ländliche Gebiete aus der Strukturfondsförderung der EU-Kommission heraus, wenn die von der EU-Kommission in Artikel 4 der Strukturfondsrahmenverordnung für das neue Zielgebiet 2 für die ländlichen Räume formulierten Förderkriterien umgesetzt werden?
12. Abgeordneter
**Ulrich
Heinrich**
(F.D.P.)
- Ist die Bundesregierung in der Lage, eine Übersicht der Gebiete vorzulegen, die gegenwärtig als ländliche Gebiete im Rahmen von Ziel 5 b der Europäischen Strukturfondsförderung gefördert werden, und die Gebiete zu benennen, die als ländliche Gebiete nach Artikel 4 der Strukturfondsrahmenverordnung (Entwurf) als ländliche Gebiete förderwürdig sein werden?
13. Abgeordnete
**Rosel
Neuhäuser**
(PDS)
- Gibt es Erkenntnisse oder Initiativen der Bundesregierung, die vorhandenen Kinderkureinrichtungen, besonders in den neuen Bundesländern, über Patienten aus den benachbarten Ländern (z. B. Polen und Tschechien) besser auszulasten?

14. Abgeordnete
Rosel
Neuhäuser
(PDS)
- Mit welchen Versicherungsträgern gibt es dazu Vereinbarungen, und sind bei nicht Vorhanden- sein solcher Vereinbarungen Gespräche ange- dacht?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Arbeit und Sozialordnung

15. Abgeordneter
Dieter
Maaß
(Herne)
(SPD)
- Ist es zutreffend, daß Teilnehmer an kombinierten Arbeitsmarktprojekten, die neben einer von der Bundesanstalt für Arbeit geförderten Arbeitsbeschaffungsmaßnahme einen von den Bundesländern EU-kofinanzierten Qualifizierungsteil enthalten (wie z. B. die sogenannten Integrierten Arbeitsmarktprojekte in Nordrhein-Westfalen im Bereich der Flächenreaktivierung), nach Beendi- gung dieser Projekte im Fall von erneuten Lohn- ersatzleistungen (wie Arbeitslosengeld oder Arbeitslosenhilfe) finanziell schlechter gestellt werden als während der vorherigen Arbeitslosig- keit, und dies, obwohl die Teilnehmer vor Beginn dieser Projekte von Dienststellen der Bundes- anstalt für Arbeit darüber informiert wurden, daß keine finanzielle Schlechterstellung erfolgt?
16. Abgeordneter
Dieter
Maaß
(Herne)
(SPD)
- Entspricht es dem durch das Dritte Buch Sozial- gesetzbuch propagierten Grundsatz „Hilfe zur Selbsthilfe“, wenn Arbeitslose für ihre aktiven Bemühungen, im Rahmen von Integrierten Arbeitsmarktprojekten die Arbeitslosigkeit dau- erhaft zu beenden, gegenüber denjenigen, die arbeitslos bleiben, finanzielle schlechter gestellt und somit benachteiligt werden?
17. Abgeordneter
Adolf
Ostertag
(SPD)
- War der Bundesregierung bei der Neukodifizie- rung der Arbeitsförderung durch das Dritte Buch Sozialgesetzbuch (hier insbesondere § 133) bekannt, daß sich für Teilnehmer an kombinierten Arbeitsmarktprojekten, die neben einer von der Bundesanstalt für Arbeit geförderten Arbeits- beschaffungsmaßnahme einen von den Bundes- ländern kofinanzierten Qualifizierungsteil enthalten, Verschlechterungen bei Lohnersatz- leistungen im Fall von Arbeitslosigkeit nach Abschluß der Maßnahme ergeben, und wie beur- teilt die Bundesregierung dies im Hinblick auf bereits vorher begonnene Maßnahmen unter dem Aspekt des Vertrauensschutzes?

18. Abgeordneter
**Adolf
Ostertag**
(SPD)
- Wie hoch sind die Teilnehmerzahlen an den o. g. Maßnahmen in Nordrhein-Westfalen und bundesweit und wie viele dieser Teilnehmer erwerben aus dem Qualifizierungsteil der Maßnahme keinen Anspruch auf Lohnersatzleistungen, so daß sie mit Einkommenseinbußen im Fall von Arbeitslosigkeit nach Abschluß der Maßnahme rechnen müssen?
19. Abgeordneter
**Clemens
Schwalbe**
(CDU/CSU)
- Trifft es zu, daß zur Finanzierung von zwischenzeitlich bereits eingestellten Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen (ABM) in Sachsen-Anhalt, für deren teilweise Finanzierung die dortige Landesregierung im März 1998 ein Sonderprogramm zur Finanzierung von Sachkostenzuschüssen verabschiedet hat, wobei jedenfalls im Mai 1998 die erforderlichen Mittel im Landeshaushalt nicht zur Verfügung gestanden haben sollen, nunmehr ausschließlich Bundesmittel herangezogen werden?
20. Abgeordneter
**Clemens
Schwalbe**
(CDU/CSU)
- Falls dies zutrifft, in welcher Höhe wird der Bund belastet und wie viele Maßnahmen sind davon betroffen?
21. Abgeordneter
**Jörg
Tauss**
(SPD)
- Wie bewertet die Bundesregierung die Äußerungen des Parlamentarischen Staatssekretärs beim Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung, Horst Günther, sich des Themas „Erntehelferregelung“ „intensiv und mit der gebotenen Gründlichkeit anzunehmen“ (Badische Neueste Nachrichten Nr. 132 vom 12. Juni 1998) und diese „Regelung zu überprüfen“, und welche konkreten Änderungsabsichten bestehen seitens der Bundesregierung?
22. Abgeordneter
**Jörg
Tauss**
(SPD)
- In welchem Zeitraum und mit welcher Zielsetzung erfolgt die Überprüfung der Erntehelferregelung?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Verteidigung

23. Abgeordneter
**Dr. Olaf
Feldmann**
(F.D.P.)
- Wie will die Bundesregierung verhindern, daß das berechnete Anliegen der preisgünstigen Versorgung und Betreuung von Bundeswehr-Soldaten und -Zivilbeschäftigten durch Unteroffizier-

und Offizierheime nicht in Konflikt gerät mit dem standortnahen Gastgewerbe, und welche Maßnahmen wird die Bundesregierung ergreifen, um den Klagen des Gastgewerbes über Wettbewerbsverzerrungen durch subventionierte Heimgesellschaften Rechnung zu tragen?

24. Abgeordneter
**Dietmar
Schütz
(Oldenburg)**
(SPD)

Wie haben sich die Flugbewegungen der Luftwaffe über und in der Nähe des niedersächsischen Kurortes Bad Zwischenahn in den vergangenen zwei Jahren (aufgeschlüsselt nach Monaten) entwickelt, und was hat die Bundesregierung bislang unternommen, um den Beschwerden der Bewohner und Kurgäste über den Fluglärm Rechnung zu tragen?

25. Abgeordneter
**Dietmar
Schütz
(Oldenburg)**
(SPD)

Warum hat es die Bundesregierung zugelassen, daß nach dem Wegfall des Flugverbotes über dem Flughafen Oldenburg im Ergebnis die Flugzonen der Bundeswehr über den Kurort Bad Zwischenahn ausgedehnt wurden, und was wird die Bundesregierung unternehmen, um ein vollständiges militärisches Flugverbot über diesem Kurort zu verwirklichen, um der Situation ein Ende zu bereiten, daß in einem Bereich, für den besonders strenge Emissionsauflagen gelten, regelmäßig starke Lärmbelästigungen durch Düsenjets der Luftwaffe auftreten?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Gesundheit

26. Abgeordnete
**Petra
Ernstberger**
(SPD)

Wie viele der noch vor 1992 durch Silikonimplantate geschädigten Patienten in Deutschland beteiligen sich nach Kenntnis der Bundesregierung an den Schadensersatzklagen gegen die amerikanischen Herstellerfirmen und ist die Bundesregierung bereit, als Nebenkläger aufzutreten?

27. Abgeordnete
**Petra
Ernstberger**
(SPD)

Wie beurteilt die Bundesregierung die Möglichkeit, daß sich die gesetzlichen Krankenkassen, die seinerzeit die Implantationskosten und seitdem die daraus entstandenen weiteren Behandlungskosten getragen haben, den Schadensersatzklagen silikongeschädigter Menschen gegen die amerikanischen Herstellerfirmen anschließen?

28. Abgeordnete
Gabriele Iwersen
(SPD)
- Warum hat das Bundesgesundheitsamt 1992 alle Patienten mit Silikonimplantaten aufgefordert, sich zu melden, und wie viele Personen sind dabei erfaßt worden?
29. Abgeordnete
Gabriele Iwersen
(SPD)
- Ist das Bundesministerium für Gesundheit bereit, deutsche silikongeschädigte Patienten bei Schadensersatzprozessen gegen amerikanische Herstellerfirmen von Silikonimplantaten durch organisatorische Hilfen, z. B. durch beglaubigte Übersetzungen der amerikanischen Prozeßunterlagen, zu unterstützen?
30. Abgeordneter
Klaus Kirschner
(SPD)
- Wann ist mit der vom Bundesminister für Gesundheit, Horst Seehofer, angekündigten Rechtsänderung für die vertragszahnärztliche Versorgung bei Zahnersatz zu rechnen (Interview in der Süddeutschen Zeitung vom 9. März 1998), wenn – wie der Bundesminister für Gesundheit laut Frankfurter Rundschau, Süddeutsche Zeitung, Bild usw. vom 16. Juni 1998 bestätigte – ein Drittel der an einem Stichtag überprüften 11 389 Abrechnungen von Zahnersatzleistungen durch Zahnärzte nach dem neuen Kostenerstattungsprinzip nicht korrekt waren bzw. sind?
31. Abgeordnete
Monika Knoche
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Inwieweit ist der Bundesregierung bekannt, daß im Falle einer Umsetzung des Beschlusses der Arbeitsgemeinschaft der Obersten Landesbehörden (AOLG) vom 3. April 1998 das gesetzliche Instrument der Ermächtigung (§ 95 Abs. 11 PsychThG), das den bisher in der Kostenerstattung tätigen psychologischen Psychotherapeutinnen und Psychotherapeuten die übergangsweise Integration in die sozialrechtlichen Strukturen ermöglichen soll, nicht umgesetzt wird?
32. Abgeordnete
Monika Knoche
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Inwieweit ist der Bundesregierung bekannt, daß damit Tausende jahre- und jahrzehntelang praktizierende qualifizierte psychologische Psychotherapeutinnen und Psychotherapeuten – zum größten Teil langfristig in geregelten Kostenerstattungsverfahren, die von der Bundesregierung und dem Bundesversicherungsamt genehmigt waren – bei der derzeitigen Beschlußlage der AOLG mit Inkrafttreten des Gesetzes am 1. Januar 1998 durch diesen Beschluß nicht die Approbation erhalten und ihnen damit droht, vom Beruf ausgeschlossen zu werden?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr

33. Abgeordneter
Reinhold Robbe
(SPD)
- Welche konkreten Maßnahmen wurden im Zusammenhang mit der geplanten „Inneren Reform“ bei der Wasser- und Schifffahrtsverwaltung des Bundes bisher in Angriff genommen, und wann wird diese „Innere Reform“ abgeschlossen sein?
34. Abgeordneter
Reinhold Robbe
(SPD)
- In welchen Bereichen findet eine Aufgabenverlagerung vom Bundesministerium für Verkehr auf die Wasser- und Schifffahrtsdirektionen statt?
35. Abgeordnete
Elke Ferner
(SPD)
- Wann ist die nach den §§ 3 und 40 der Eisenbahnbau- und Betriebsordnung erforderliche Genehmigung für die Zulassung des Einsatzes von ICE-Zügen über 250 km/h durch den Bundesminister für Verkehr erteilt worden?
36. Abgeordnete
Elke Ferner
(SPD)
- Für welche Geschwindigkeiten waren zu diesem Zeitpunkt die bei den ICE-Zügen, insbesondere beim ICE 1, eingesetzten Räder von der Genehmigungsbehörde zugelassen?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit

37. Abgeordnete
Ursula Schönberger
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Warum haben die Behörden die Öffentlichkeit über die erhöhten Caesium-Werte Ende Mai bis Anfang Juni erst jetzt informiert, und wie ist die Information der Bevölkerung über erhöhte Strahlenwerte in der Bundesrepublik Deutschland generell geregelt?
38. Abgeordnete
Ursula Schönberger
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wird auch radioaktiver Schrott aus Deutschland in Spanien verarbeitet, und gelten in Spanien dieselben Strahlenschutzstandards wie in Deutschland, insbesondere bezüglich der Freimessung von radioaktivem Schrott?

39. Abgeordnete
**Karin
Rehbock-Zureich**
(SPD)
- Aus welchem Grund hat das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit bekanntgegeben, daß keine erhöhte Krebsrate bei Kindern um deutsche Atomanlagen feststellbar sei, obwohl bei der Fortsetzung der sogenannten „Michaelis-Studie“ (IMSD – Technischer Bericht der Universität Mainz: „Epidemiologische Studie zum Auftreten von Leukämieerkrankungen bei Kindern in Deutschland“), die vom oben angeführten Ministerium unterstützt wurde, nicht nur die plötzlich geänderte Methodik der Studie als auch die zugrunde gelegten Daten und Zahlen Zweifel aufwerfen?
40. Abgeordnete
**Karin
Rehbock-Zureich**
(SPD)
- Wie beurteilt die Bundesregierung die Feststellung eines an der Studie beteiligten Wissenschaftlers, daß ein „statistischer Verdünnungseffekt“ durch die Ausweitung des Untersuchungsgebietes auf das Gebiet der ehemaligen DDR eingetreten und dies eine „Vorgabe“ des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit sei (Taz vom 10. Dezember 1997)?
41. Abgeordnete
**Annette
Faße**
(SPD)
- Warum hat die Bundesministerin für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit dem geänderten Vorschlag für eine Richtlinie des Rates zur Schaffung eines Ordnungsrahmens für Maßnahmen der Gemeinschaft im Bereich der Wasserpolitik (europäische Wasserrahmenrichtlinie) der EU-Kommission im EU-Ministerrat am 17. Juni 1998 zugestimmt, obwohl im Vorfeld kein ressortübergreifender Konsens der Bundesministerien über den Richtlinientext erzielt worden war, und warum führt das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit am 22. Juni 1998, und damit erst nach der Zustimmung im EU-Ministerrat, eine Anhörung der betroffenen Interessenverbände durch?
42. Abgeordnete
**Annette
Faße**
(SPD)
- Welche kurz-, mittel- und langfristigen Folgen hat die Umsetzung der Richtlinie des Rates zur Schaffung eines Ordnungsrahmens für Maßnahmen der Gemeinschaft im Bereich der Wasserpolitik (europäische Wasserrahmenrichtlinie) der EU-Kommission in nationales Recht, speziell der in Artikel 4 genannten Umweltziele, für den Verkehrsträger Binnenschifffahrt und die Wasser- und Schifffahrtsverwaltung des Bundes, und warum hat die Bundesministerin für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit dem Vorschlag des EU-Ministerrates zugestimmt, jede bestehende und geplante bauliche Veränderung in Gewässern negativ zu bewerten und Maßnahmen zur Verbesserung der Morphologie, d. h. einen Rückbau, durchzuführen?

Geschäftsbereich des Auswärtigen Amts

43. Abgeordneter
**Ulrich
Irmer**
(F.D.P.)
- Trifft der Bericht in „DER SPIEGEL“ zu, wonach für Ortskräfte ausländischer Missionen in Deutschland grundsätzlich bei Beendigung ihres Dienstverhältnisses die Ausreisepflicht besteht, selbst dann, wenn sie über Jahrzehnte beschäftigt waren und Lohn- und Einkommensteuer sowie Sozialversicherungsbeiträge entrichtet haben?
44. Abgeordneter
**Ulrich
Irmer**
(F.D.P.)
- Welche Änderungen werden mit der „Neufassung der Richtlinie für die Einreise und den Aufenthalt von nicht entsandten Angehörigen fremder Missionen“ angestrebt, und wann wird sie in Kraft treten?
45. Abgeordneter
**Dr. Egon
Jüttner**
(CDU/CSU)
- Setzt sich die Bundesregierung dafür ein, daß den in der Republik Serbien lebenden Volksdeutschen der Minderheitenstatuts zuerkannt und auf diese Weise dieser Personenkreis sein nach dem Zweiten Weltkrieg konfisziertes Eigentum zurückerhalten kann, und wenn ja, was unternimmt die Bundesregierung in dieser Hinsicht?
46. Abgeordneter
**Gernot
Erler**
(SPD)
- Welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung, bei der Lösung der Kosovo-Krise die albanischen Kosovarer auf das westliche politische Ziel eines Autonomiestatus für den Kosovo innerhalb der Bundesrepublik Deutschland Jugoslawien zu verpflichten und auf eine mit Waffengewalt verfolgte Sezession des Kosovo zu verzichten?
47. Abgeordneter
**Gernot
Erler**
(SPD)
- Welche Maßnahmen hat die Bundesregierung bisher unternommen, um die albanischen Kosovarer zu einem Verzicht auf die vor allem durch die UÇK durchgeführten Gewaltmaßnahmen mit dem Ziel eines von der Bundesrepublik Deutschland Jugoslawien getrennten selbständigen Kosovo zu bewegen, und welche Maßnahmen wird die Bundesregierung zusammen mit den anderen Mitgliedern der Kontaktgruppe noch zur Erreichung dieses Ziels ergreifen?
48. Abgeordnete
**Dr. Elke
Leonhard**
(SPD)
- Welche Erkenntnisse liegen der Bundesregierung über das weitere Schicksal des entführten D. H. und seiner Mitgefangenen vor, und welche Schritte hat die Bundesregierung in den zurückliegenden zwölf Monaten unternommen, um das Schicksal der Entführten aufzuklären?

49. Abgeordnete
Dr. Elke Leonhard
(SPD)
- War bei den jüngsten Konsultationen der Bundesregierung mit den Regierungen der Ukraine, der Russischen Föderation und Polens die zur Chefsache erklärte Frage der völkerrechtswidrig verlagerten deutschen Kulturgüter jeweils Gegenstand der Verhandlungen, und wenn ja, mit welchem Ergebnis?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern

50. Abgeordneter
Manfred Such
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Inwieweit trifft es zu, daß dem Bundesministerium des Innern bereits seit einigen Wochen ein Prüfbericht des Bundeskriminalamtes (BKA) vorliegt, aus dem sich u. a. ergibt, daß möglicherweise Anfragen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bzw. einzelner Abgeordneter dieser Fraktion unrichtig beantwortet wurden, und warum hat es das Bundesministerium des Innern ggf. bis jetzt unterlassen, falsche bzw. unrichtige Angaben in Antworten auf frühere Anfragen unserer Fraktion zum „Fall H. G.“ zu korrigieren (s. Süddeutsche Zeitung vom 9./10. Mai 1998)?
51. Abgeordneter
Manfred Such
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Trifft es zu, daß sich im „Treffpunkt Biergarten“ in Miami fest installierte Ton- und Videoüberwachungsanlagen des H. G. befanden, mit denen auch die Gespräche der häufig dort verkehrenden Konsularbeamten und der Verbindungsbeamten des BKA in Miami aufgezeichnet wurden bzw. von der technischen Einrichtung her hätten aufgezeichnet werden können?
52. Abgeordnete
Christa Nickels
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Trifft nach Kenntnis der Bundesregierung eine Information der Landtagsfraktion von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in Nordrhein-Westfalen zu, derzufolge am 4. Juni 1998 76 Nigerianerinnen und Nigerianer von Düsseldorf nach Lagos abgeschoben worden sind, von denen nach Angaben des Landesinnenministeriums lediglich 32 Nigerianerinnen und Nigerianer aus Nordrhein-Westfalen mit Namen bekannt waren, da die restlichen 44 Nigerianerinnen und Nigerianer aus anderen Bundesländern stammten, und liegt der Bundesregierung bzw. dem Bundesministerium des Innern eine vollständige Namensliste der 76 abgeschobenen Nigerianerinnen und Nigerianer vor?

53. Abgeordnete
**Christa
Nickels**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wurden die 76 Nigerianerinnen und Nigerianer von Mitgliedern des Bundesministeriums des Innern bzw. des Bundesgrenzschutzes begleitet, und ist bekannt, was aus den 76 nach Lagos Abgeschobenen geworden ist?
54. Abgeordneter
**Dr. Egon
Jüttner**
(CDU/CSU)
- Über welchen Zeitraum erstreckt sich der vom Bundesministerium des Innern für den Rhein-Neckar-Raum vorgesehene Modellversuch „Aktion Sicherheitsnetz“, und bis wann wird ein erster Erfahrungsbericht vorgelegt?

Bonn, den 19. Juni 1998

